



Bürgerinitiative Flüchtlinge Untergrombach, Walkartswiesen 14, 76646 Bruchsal

elektronisch zugestellt:

Herrn
Landrat Dr. Christoph Schnaudigel
Beiertheimer Allee 2
76137 Karlsruhe

Frau
Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick
Kaiserstraße 66
76646 Bruchsal

Kontaktadresse:
Bürgerinitiative Flüchtlinge Untergrombach
c/o Nadine Wollny-Zimmer
Walkartswiesen 14
76646 Bruchsal

Mail:
info@@buergerinitiative-fluechtlinge-untergrombach.de

Untergrombach, 12.05.2016

- **Beschluss des Gemeinderats vom 03. Mai 2016 zur Ausarbeitung der Planungen hinsichtlich der Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft am Standort Walkartswiesen/ Vorlage Nr. 89/2016**

A. Widerspruch

B. Antrag an den Gemeinderat Bruchsal, Landkreis Karlsruhe und Kreistag:

1. Erneute Beratung des aktuell angedachten Planungskonzepts für Untergrombach - Gemeinschaftsunterkunft (GU) für 175 Personen an 1 Standort, auf der Landwirtschaftsfläche Walkartswiesen, 20jährige Nutzungsdauer, 2 feste mehrstöckige (bis zu 4 Geschossen) Gebäudekubaturen
2. Prüfung der Übertragbarkeit von alternativen Lösungen, wie sie in umliegenden Gemeinden und Städten mit ähnlich gelagerten Bedarfssituationen realisiert wurden
3. Grundsätzliche strategische Ausrichtung der Beratungen auf das Erreichen von möglichst kleinen Nutzungs- bzw. Wohneinheiten an einem Standort
4. Besondere Achtsamkeit im Umgang mit spezifischen nachbarschaftlichen Belangen in unmittelbarer Standortnähe einer Flüchtlingsunterbringung. Dazu zählt auch die Schutzwürdigkeit von Eigentümerinteressen
5. Einbinden der konkreten Standortvorschläge der Bürgerinitiative gemäß Anlage in die weitere Beratungsfolge
6. Berücksichtigung des grundsätzlichen Rückgangs von Asylanträgen und ankommenden Flüchtlingen im Landkreis Karlsruhe, in Baden-Württemberg, im Bund und der europäischen Union in Verbindung mit einer Neubewertung der aktuellen Verteilerschlüssel und Quoten v.a. in Baden-Württemberg zu Lasten des Landkreises und allgemein Nordbaden („West-Ost-Gefälle“)
7. Verstärkte Berücksichtigung von anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive

Begründung

*Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Schnaudigel,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick,*

wie in der Sitzung des Gemeinderats am 03.05.2016 von Ihnen, Frau Petzold-Schick persönlich zu erfahren war, befindet sich die Stadt Bruchsal derzeit in einem frühen Planungsstadium zur Flüchtlingsunterbringung in Untergrombach. Konkret in einem frühen Planungsstadium, was auch die Ausarbeitung der Planungen für den Standort Walkartswiesen angeht.

Wie auch die BNN am 06.05.2016 berichtet hat, hat der Gemeinderat den Standort Walkartswiesen und das Konzept hierfür mit den Gründen Randlage, Vermeidung von Ghettoisierung und Baurecht beschlossen. Ferner wurde auf Vorberatungen einer Liste von Standortvorschlägen im November 2015 hingewiesen.

Im Rahmen der Vorstellung des Beschlussvorschlags am 03.05.2016 war zu erfahren, dass Unterkunftsform (Gemeinschaftsunterkunft), Belegungszahl (175 Personen), Gebäudekubatur (2 Gebäude, mehrstöckig) und Nutzungsdauer (20 Jahre) grundsätzlich entschieden sind, hier allerdings versucht wird, für die Untergrombacher „nachzubessern“. Es wurde auch betont, dass die Stadt beim Vorhaben Dienstleister für den Landkreis ist, der sich für den Bau und das Betreiben von Gemeinschaftsunterkünften verantwortlich zeichnet.

In Ihrem Artikel, Frau Petzold-Schick, „Auf ein Wort“ im Amtsblatt vom 06.05.2016 können wir Sie mit den Worten zitieren: *„Abschließend noch zum Thema Flüchtlingsunterbringung: Am Dienstag hat der Gemeinderat beschlossen, dass der Erwartung des Landkreises entsprochen wird, in Bruchsal-Fuchsloch und in Untergrombach-Wahlkartwiesen Gemeinschaftsunterkünfte herzustellen. Auch hier sind umfassende Bürgerinformationsveranstaltungen vorgesehen.“*

Bei den vorangestellten Ausführungen stellt sich die Frage, in welchem Umfang konkrete Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung tatsächlich noch bestehen, die Bereitschaft zur Einbindung von Bürgervorschlägen und Anregungen echt ist. Wir hoffen sehr, dass wir Sie, Frau Oberbürgermeisterin, was das frühe Planungsstadium betrifft, beim Wort nehmen können.

Zunächst möchten wir festhalten, dass aus den persönlichen Ausführungen in den jüngsten Sitzungen von Gemeinderat und Ortschaftsrat Untergrombach v.a. von Oberbürgermeister-, Ortsvorsteher- und Stadtplanungsseite bis heute die Hintergründe der Entscheidungen für den Standort Walkartswiesen und für das vorgesehene Unterbringungskonzept in Untergrombach in keinsten Weise für den Bürger transparent und plausibel ausgeführt wurden.

Zur ersten und einzigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats in diesem Thema am 03.05.2016 wurden die Behandlungsunterlagen erst 1 Tag vor der Sitzung in das bestehende Rats- und Informationssystem eingestellt, womit dem Bürger schon formal aus unserer Sicht keine angemessene Vorbereitungszeit eingeräumt wurde.

In der Beschlussvorlage Nr. 89/2016 selbst war mit dem Hinweis auf die Vorlage 287/2015 der Sitzung vom 24.11.2015 keine Möglichkeit gegeben, näheres zu den Hintergründen eroieren zu können. Wie schlussendlich, wie in der Beschlussvorlage ausgeführt, der § 246 für den Standort Walkartswiesen in Verbindung mit festen Gebäuden für eine 20jährige Nutzungsdauer Anwendung finden soll, ist gerade auch aus rechtlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Dies gilt auch für die Überlegung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für diesen Standort.

Inzwischen wurde der Öffentlichkeit über die Presse (BNN vom 06.05.2016) bekannt gegeben, dass bereits im November 2015 Standortalternativen besprochen wurden und bereits mit Schreiben vom 15.01.2016 der Landkreis Karlsruhe seine Präferenz für die Standorte „Fuchsloch West“ und „Walkartswiesen Untergrombach“ mitgeteilt hat.

Viele Bürger haben die Bürgerfragestunde des Ortschaftsrats Untergrombach am 04.05.2016 besucht, um vom Ortsvorsteher Karl Mangei vor allem auch konkrete Informationen zu diskutierten Standortalternativen zu erhalten.

Leider war für die gesamte Zuhörerschaft erlebbar, dass selbst als von Bürgerseite der nachfolgende Eindruck geäußert wurde, Ortsvorsteher Mangei keinen weiteren Standort konkret genannt hat, der für den Ortschaftsrat zusätzlich zur Diskussion stand: Es könnte vermutet werden, dass es letztlich für die gewählten Vertreter vor allem darum ging, einen bequemen Weg zu finden, um Konzept, Laufzeit und Standort schnell festzurren und die Verantwortung für alles weitere dem Landkreis zuschieben zu können. Mit der Kirche als Eigentümer von der Fläche Walkartswiesen war man sich vermutlich relativ schnell einig, für ein entsprechendes Pachtgeld eine Grünfläche an den Landkreis zu vermieten. Ein durch Fördermittel bereitgestelltes hohes Investitionsvolumen mit einer langen und damit attraktiven Laufzeit könnte die angedachte Gebäudegröße und 20jährige Nutzungslaufzeit erklären.

Das derzeitige Konzept damit zu erklären, dass der Standort Walkartswiesen, Nutzungsdauer und Projektgröße mit der Randlage, Vermeidung von Ghettoisierung, Baurecht und den Voraussetzungen zur Schaffung von notwendigen Sozialarbeiterstellen zusammenhängen, ist nicht einleuchtend und rechtfertigt ein solches Vorgehen in keinsten Weise!

Wir sind erschüttert und stellen uns die Frage, wer hier tatsächlich nach dem St. Florian's Prinzip, das von Ihnen, Frau Petzold-Schick im Rahmen der Gemeinratssitzung, wiederholt genannt wurde, handelt. Der Bürger, der wagt nachzufragen, was die von ihm gewählten Vertreter unternehmen oder die politischen Vertreter, welche die elementaren Prinzipien von Demokratie - Transparenz und Dialog - mit den „Füßen treten“ und ausschließlich Eigeninteressen zu verfolgen scheinen.

Am 09. Mai 2016 wurde die Bürgerinitiative Flüchtlinge Untergrombach gegründet, die täglich mehr Unterstützer findet!

Ziel dieser Initiative ist es, von den gewählten politischen Vertretern einzufordern, dass die Herausforderungen in der Flüchtlingsproblematik seriös und fundiert gelöst werden. Qualitätsunterschiede von Alternativen müssen für den Bürger verständlich und nachvollziehbar kommuniziert werden. Die breite Akzeptanz auf Bürgerseite muss gegeben sein, um schlussendlich die unmittelbar damit verbundenen Integrationsanforderungen lösen zu können. Sozialarbeiter sind hierbei zweifelsohne wichtig, doch eine nachhaltig positive Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen wird nur durch die wohlwollende, zumeist auch ehrenamtlich erforderliche Unterstützung der Bürgerschaft erzielt.

Oben angeführte Erklärungen oder Aussagen von Ihnen, Frau Petzold-Schick, dass sich „Sorgen und Ängste auflösen, wenn man die Menschen erst mal kennenlernt“ oder von Prof. Dr. Ayrle, dass in der Gemeinschaftsunterkunft die Menschen nur solange bleiben, „bis sie etwas auf die Dauer gefunden haben“ sind fahrlässig, unsachlich und alles andere als vertrauensbildend. Daran ändert auch eine jetzt angekündigte Bürgerinformationsveranstaltung nichts, wenn von vornherein klar wäre, dass die Bürger in die Ausarbeitung der Planungen nicht einbezogen werden!

Um möglichst einen „guten“ Weg in der Flüchtlingsunterbringung zu finden ist es schlüssig, positive wie negative Erfahrungswerte aus solchen Projekten im Umland in die aktuellen

Planungen einzubinden: z.B. aus Eggenstein-Leopoldshafen, Linkenheim-Hochstetten, Forst, Stutensee, Hambrücken, Dettenheim und Graben-Neudorf. Ob überhaupt und in welchem Ausmaß Erfahrungen dort derzeit in Bruchsal in den aktuellen Überlegungen berücksichtigt werden, ist für uns unklar.

Die Realität belegt, dass Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften eine größere, engmaschigere Betreuung benötigen als Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind oder in Anschlussunterbringungen eine gute Bleibeperspektive haben.

Die Gewährleistung einer sicheren Lebens- und Wohnumgebung im Umfeld einer Gemeinschaftsunterkunft ist – belegbar an der Vielzahl von Medienberichten - eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Siehe z.B. die aktuellen, enormen Probleme in Eggenstein-Leopoldshafen oder Linkenheim-Hochstetten.

V.a. aus diesem Aspekt heraus, sehen wir die ausschließliche Konzentration von aufzunehmenden Flüchtlingen am Standort Walkartswiesen äußerst kritisch.

Die Fläche Walkartswiesen befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem rein familiengeprägten Wohngebiet (Sand I und Sand II) mit überproportional vielen Kindern und einem Großteil an Immobilien, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Bei einer ausschließlichen Konzentration auf diesen Standort kann angenommen werden, dass sich die hauptsächliche Laufstrecke der Bewohner nicht nur in den Stadtteil hinein, sondern v.a. auch nach Büchenau und Staffort hin entwickeln wird. Z.B. weil in Staffort ein im Vergleich zum EDEKA Markt in der Joss-Fritz-Straße verhältnismäßig günstiger Netto-Markt unmittelbar am Ortseingang angesiedelt ist, der in maximal 20 Gehminuten erreichbar ist.

Wie der Bürger durch den BNN Artikel vom 28.04.2016 informiert wurde, hat die Stadt Bruchsal im Bereich der Sicherheit enormen Handlungsbedarf. Dies ist belegbar durch die überdurchschnittlich hohe Kriminalität im Vergleich zum Landesdurchschnitt. Brisant an dem Punkt ist, dass die Polizeipräsenz im Stadtteil Untergrombach nahezu komplett abgebaut wurde.

Vor allem aus den Gründen Sicherheit und Sozialverträglichkeit bitten wir Sie deshalb auch um die Überprüfung des derzeitigen Konzepts hinsichtlich der Weiterentwicklung der Planungen mit dem dezentralen Schaffen von kleinen Wohneinheiten, die einer Ghettobildung entgegenwirken. Berücksichtigen Sie die Erfahrungen v.a. aus Unterbringungskonzepten und Integrationsbemühungen in Stutensee! Das erfolgreiche Engagement in der Flüchtlingsfrage dort, das bereits mit vielen Preisen auch vom Kreis ausgezeichnet wurde, ist objektiv ein gerechtfertigter Grund, die dortigen Erfahrungen auch in Bruchsal, in Untergrombach, in den Gremien zu diskutieren.

Die Flüchtlingsfrage ist von allen Stadtteilen zu tragen. Der Umlegungsschlüssel von Flüchtlingen auf die einzelnen Stadtteile muss nachvollziehbar sein. Das gilt auch für die Erfordernisse im Bereich von Gemeinschaftsunterkünften. Auch Obergrombach und Helmsheim haben hier ihren Beitrag zu leisten.

Dem Bürger wurden für den Standort Walkartswiesen im Außenbereich von Untergrombach Überlegungen für Gemeinschaftsunterkünfte als feste Gebäudekomplexe vorgestellt, die auf eine 20jährige Nutzungsdauer angelegt sind. 20 Jahre umfassen das Zeitfenster nahezu einer gesamten Generation!

Vierorts kommen mobile Lösungen (Container) zum Einsatz (z.B. Hambrücken) oder es werden (leer stehende) Gewerbeimmobilien genutzt (z.B. Sparkassen Gebäude in Graben-Neudorf), die es auch in Untergrombach (siehe Anlage) gibt.

Falls Stadt und Landkreis langfristig und wirtschaftlich planen wollen, sind Umnutzungsmöglichkeiten zu bedenken. Diese sind bei Wohnanlagen mit Bettenbelegung, die auf eine gemeinschaftliche Nutzung ausgelegt sind, kaum gegeben.

Aus Sicht des steuerzahlenden Bürgers ist es auch aus diesem Grund abzulehnen, dass in Untergrombach für einen zeitlich befristeten Bedarf kostspielige Gebäudekubaturen mit einseitiger Nutzungsorientierung und einer Laufzeit von 20 Jahren zum Einsatz kommen.

Ganz am Ende dieses Schreibens wollen wir noch auf den aktuellen Koalitionsvertrag vom 09. Mai 2016 der neuen grün-schwarzen Landesregierung verweisen, aus dem wir Nachfolgendes zitieren möchten:

„Die Menschen wollen sich heute auch zwischen den Wahltagen in politische Entscheidungen einbringen. Deshalb sind Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie eine unerlässliche Ergänzung und Bereicherung der repräsentativen Demokratie. In diesem Sinne wollen wir Bürgerinnen und Bürger umfassend in die Willensbildung einbeziehen und staatliches Handeln so bürgernah und transparent wie möglich gestalten.“

Ein solches Handeln hat übrigens unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann bereits vor Jahren empfohlen und eingefordert. Da sich laut Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, die Planungen für Untergrombach in einem angeblich frühen Planungsstadium befinden, fordern wir dieses Recht auf Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie laut Koalitionsvertrag vom 9. Mai 2016 ein.

Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme noch vor der angekündigten Bürgerveranstaltung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Martin Konanz

-Sprecher der Bürgerinitiative Flüchtlinge Untergrombach-

Anlagen

- Tagesschau.de Artikel vom 09.05.2016
- BNN Artikel vom 29.04.16 zur Lösung in Hambrücken
- BNN Artikel vom 21.04.16 zur Lösung in Dettenheim
- BNN Artikel vom 28.04.16 zur Sicherheit in der Region
- Öffentliche Vorlage des Gemeinderats vom 03.05.2016
- Liste mit Standortalternativen der Bürgerinitiative vom 09.05.16